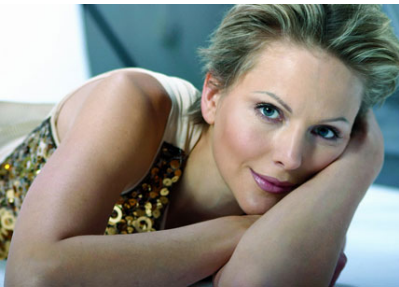


Israel will laute Muezzin-Rufe stoppen



Die israelische Partei „Unser Haus Israel“ hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der den lauten Schlacht-Gebetsruf der Muezzin verbieten soll. Muezzin-Rufe per Lautsprecher sind Lärm und schädigen die Gesundheit, sagt die Abgeordnete Anastasia Michaeli (Foto). Ministerpräsident Benjamin Netanjahu unterstützt die Pläne des israelischen Koalitionspartners.

Während in einigen europäischen Ländern der Muezzin-Ruf per Lautsprecher ebenfalls (noch) verboten ist, fallen die Medien nun über Israel her, und sprechen von bösen „Diskriminierungen“. Die Tagesschau etwa mit ihrem Korrespondenten Sebastian Engelbrecht sieht in dem Gesetzentwurf eine „Diskriminierung der arabischen Bürger Israels“:

Vielleicht wird der Muezzin in dem israelisch-arabischen Städtchen Kafr Kassem schon bald nicht mehr zum Gebet rufen. Kafr Kassem liegt nur wenige hundert Meter entfernt von der jüdisch-israelischen Stadt Rosch Ha'ayin bei Tel Aviv. Der Schall des Gebetsrufes dringt täglich fünf mal nach Rosch Ha'ayin hinüber. Aber dieser Zustand soll schon bald ein Ende

haben. Ministerpräsident Netanjahu unterstützt einen entsprechenden Gesetzesentwurf, den der Koalitionspartner „Unser Haus Israel“ durch die Knesset bringen will. Den 400 Moscheen in Israel soll es künftig verboten sein, den Ruf des Muezzin per Lautsprecher zu verstärken.

Die Knesset-Abgeordnete Anastassia Michaeli von der rechtspopulistischen Partei „Unser Haus Israel“ meint, hunderttausende israelische Bürger litten alltäglich unter dem Lärm der Muezzin-Rufe. Michaeli sagte in einem israelischen Fernsehsender: „Das ist keine Initiative, um Mäuler zu stopfen, sondern soll im Gegenteil vielen Bürgern helfen, die sich an mich gewandt haben. Wir wollen nur korrigieren und ändern und einen Mittelweg finden zwischen der Bewahrung von Tradition und dem Bedürfnis, die Umwelt zu schützen. (...) Im Moment reden wir nur über Gotteshäuser, und, ja, absolut – Gotteshäuser, das schließt auch Kirchen ein.“

Auch Glockengeläut soll verboten werden

Nach dem Gesetz wäre also auch das Glockengeläut von Kirchen in arabischen Orten künftig verboten. Fast 20 Prozent der israelischen Staatsbürger sind muslimische oder christliche Araber. Deshalb gehören Moscheen und Kirchen ebenso selbstverständlich zu Israel wie Synagogen. Aber Frau Michaeli – und mit ihr Ministerpräsident Netanjahu – meinen, Religion solle die Lebensqualität der Menschen nicht beeinträchtigen.

Netanjahu begründet seine Unterstützung für den Gesetzesentwurf mit dem Argument, Israel müsse in dieser Angelegenheit „nicht liberaler sein als Europa“. Das Problem gebe es genau so in Belgien und Frankreich, und dort sei es auch legitim, den Muezzin-Ruf per Lautsprecher zu verbieten. Bei ihm hätten sich viele Menschen wegen des Lärms von den Minaretten beschwert, erklärte Netanjahu im Kreis der Minister seiner Likud-Partei.

Die Abgeordnete Michaeli sorgt sich um die Gesundheit der Menschen in Israel. „Alss ich hörte, dass Leute sehr darunter leiden, da habe ich mich mit einigen Ärzten, Spezialisten getroffen, die mir erzählt haben, welche Probleme entstehen können, wenn jemand sehr starkem Lärm ausgesetzt ist.“

Widerstand gegen Gesetzentwurf

Innerhalb des Likud regt sich Widerstand gegen das Vorhaben des Koalitionspartners und des Ministerpräsidenten. Kulturministerin Limor Livnat und Geheimdienst-Minister Dan Meridor lehnen es ab, den Muezzin-Ruf faktisch zu verbieten. Meridor meint, ein solches Gesetz sei überflüssig und würde nur zur Eskalation der Spannungen zwischen Juden und Arabern führen.

Das sogenannte Muezzin-Gesetz ist eines von vielen Gesetzen und Gesetzentwürfen der Regierung Netanjahu, die die arabischen Bürger Israels faktisch diskriminieren.

Ein wichtiger Schritt. Israel hat das Recht und die Pflicht seine jüdischen Werte vor dem arabischen Geschrei zu schützen.